

Das Traumpaar des Kapitals



Wie aus Verlierern Sieger wurden!

Der Gouverneur ist besorgt

Es war vor 21 Jahren. In seltener Klarheit formulierte der Gouverneur des Kapitals in Deutschland, **Arthur Burns**, die Interessen desselben. CDU/FDP hatten zwar nach besten Kräften die Interessen des Kapitals gefördert, aber die Existenz des sozialistischen Lagers verhinderte die größten Schweinereien. Hinzu kam, dass die Wähler allmählich aufwachten und die Herrschaft des Staates, im Interesse des Kapitals, satt hatten. CDU/FDP konnten ihre Aufgaben für das Kapital nicht mehr wirksam wahrnehmen. Sie waren wertlos geworden. Besonders nach der Wende wurde das deutlich. Jetzt, wo die „Bedrohung“ durch die sozialistische Alternative weggefallen war, konnte man wieder zur kapitalistischen Normalität zurückkehren. Hierfür brauchte man aber eine Regierung die „demokratisch“ aussah. Wer konnte das sein? Helmut Kohl und sein Verein hatten jede Glaubwürdigkeit verloren. Ein neuer Verein, der die Geschäfte des Kapitals besorgte und trotzdem von der Bevölkerung gewählt wurde, mußte her.

Die Unternehmer erkannten sehr schnell, dass dies nur die SPD sein konnte!

Nach vielen Jahren in der Opposition, waren die Sozis ganz scharf darauf die Verfügung über die **staatliche Futterkrippe** zu erhalten. Als erstes jagten sie den Dicken zum Teufel. Geschafft haben sie das mit einer grandiosen Wählertäuschung. Sie mißbrauchten dabei sowohl ihren Namen (Sozial-demokratisch) als auch den unbegründeten Ruf eine Friedens- und soziale Reformpartei, im Interesse des kleinen Mannes zu sein. Wie gesagt, was das Kapital erwartete, formulierte Burns vor 21 Jahren. Die SPD konnte auf einen ganz konkreten Forderungskatalog des Kapitals zurückgreifen und dabei auch noch seinen amerikanischen Freunden helfen.

Zum Abschied redet Burns den Deutschen ins Gewissen

US-Botschafter glaubt an die Wiedervereinigung / Kritische Wirtschaftsanalyse



To Mr. Robert Heineke -
Best wishes!
Arthur F. Burns
Ambassador of the United States of America

DIE WELT, 18.3.85

- Die Steuern sind zu hoch, zurückgehend auf die „Explosion der öffentlichen Ausgaben“ seit 1970, deren Anteil am Bruttosozialprodukt zwischen 1970 und heute von 37 auf 50 Prozent gestiegen ist.

- Die Arbeitswoche in der Bundesrepublik ist eine der kürzesten in der ganzen Welt.

- Lange Ferien, Kuraufenthalte und Feiertage häufen sich, was sich negativ auf die Arbeitsmoral niederschlägt.

- Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt „große Rigidität“. In der Bundesrepublik gehe bei einer Tarifierhöhung der gesamte betroffene Bereich mit seinen Löhnen und Gehältern hoch, unabhängig von sektoralen Unterschieden in der Produktivität. Burns

nennt das eine gewisse „Uniformität“. Er erinnert an Japan, wo jenseits der Grundlöhne finanzielle Bonusse immer nur nach Ertragslage der Firma ausgeschüttet werden, und weist auf die Verhältnisse in den USA hin, wo in Gegenden verbesserter Absatzmärkte Löhne anziehen, während Löhne in weniger prosperierenden Industriezweigen fallen können.

- Unternehmensgewinne sind zu niedrig. Profite nennt Burns „einen sehr wichtigen Indikator der Gesundheit einer Wirtschaft, weil sie das Unternehmertum, den wirtschaftlichen Energiespender, in den Stand versetzen, zu investieren“.

- Die Gewerkschaften sind mächtiger als in den USA. Burns ruft die vielen neuen High-Technology-Zentren in den USA in Erinnerung, in denen es „nicht eine einzige Forschungsstätte gibt, die gewerkschaftlich organisiert“ ist.

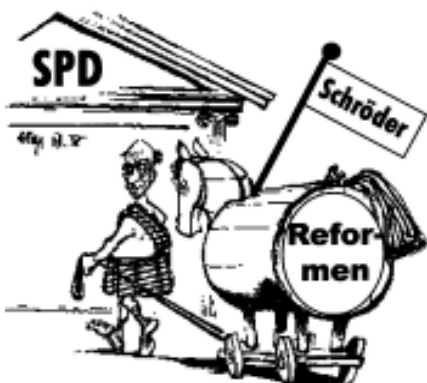
Blicke der Befremdung

Die Debatte um die Verteidigungslasten im Bündnis beginnt über gern auf Bismarck und das damit, daß die amerikanische Sprache und Gesellschaft keine Über-Doch werden die Exzesse der mo- setzung kennen für Vokabeln wie: Kindergeld, Erziehungsgeld, BA- FÖG, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Arbeitsplatzgarantie und was den Ansprüchen - auch dies ein unübersetzbarer Begriff - sonst an Konzessionen gemacht wurde.

DIE WELT, 20.2.85

Es ist die blanke Sorge, daß in den Staaten des alten Kontinents, wo ohnehin schon über 50 Prozent des Bruttosozialprodukts der öffentlichen Hand entspringt (gegenüber 37 Prozent in den USA), diese öffentliche Hand allmählich die Kraft verliert, dem übersatteten und übersättigten Volk das Notwendige für die Verteidigung abzuverlangen.

Diese Schweinereien konnten nur Schröder-Sozis durchsetzen, denen man so etwas nicht zutraute und sie, anstelle des Dicke wählten. Sie waren das **Trojanische Pferd**, mit dem sie in die Reihen der politischen Arbeiterbewegung einbrachen und sie von innen aufrollten. Selbst die Gewerkschaften kapitulierten davor. Stichwort **Riesterrente** - der Einstieg in die Privatisierung der Sozialversicherung.



Ludolf von Wartenberg

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)

„Aber es zeigt sich die historische Wahrheit: die Sozialdemokraten sind am ehesten in der Lage, die notwendigen sozialen Einschnitte vorzunehmen!“

Berliner Zeitung 27. Juni 2003

Ein Lautsprecher des Kapitals



Hugo Müller-Vogg (Die Welt)

*„und in der Tat mutet er der Partei ja vieles zu. Ich meine, das sind ja wirklich heilige Kühe die da eine nach der anderen geschlachtet werden. Der Dambruch war ja die **Riesterrente**. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung Abschied nimmt von der paritätisch finanzierten Altersvorsorge, war ein Dambruch den ich den Sozialdemokraten nicht zugetraut hätte. Und wenns die CDU gemacht hätte, die Sozialdemokraten, die Gewerkschafter auf der Strasse stünden und das Land lahmlegen würden, weil sie sagen das ist unzumutbar! Allein eine Versicherungsleistung aus der gesetzlichen Krankenversicherung rauszunehmen, den **Zahnersatz**, das sozusagen zu privatisieren, auch das war ein zweiter Dambruch!*



Hier noch mal Burns und die „Welt“ über Deutschland:

Steuern zu hoch
Arbeitszeit zu kurz
Urlaub zu lang
Arbeitsmoral schlecht
Löhne und Gehälter zu hoch
Unternehmensgewinne zu niedrig
Die Gewerkschaften zu mächtig

Exesse moderner Sozialgesetzgebung:

Kindergeld
Erziehungsgeld
BAFÖG
Urlaubsgeld
Weihnachtsgeld
Arbeitsplatzgarantie

Dank der SPD und der Mithilfe der CDU, erwiesen sich die Befürchtungen des Kapitals als unbegründet. Es wurde wieder normal kapitalistisch. Ein geisteskranker Radfahrer, führte Deutschland, nach einer unbeschreiblichen Hetzkampagne, wieder in den **ersten Krieg** nach den Mord-Aktionen der Nazis. Dem folgte der zweite grundlegende Schlag gegen die Interessen des Volkes, die Senkung der Rentenleistung und damit begründet die Einführung der **Riesterrente**. Das Kapital jubelte! Und dann erfolgte Schlag auf Schlag gegen das Volk. Weitere Raubzüge im Bereich der Sozialpolitik. Am bekanntesten die Agenda 2010, Hartz IV und der Einsatz der Bundeswehr überall in der Welt. Den Reichen geben, den Armen nehmen, die Schröder-Sozis erfüllten die Erwartungen des Kapitals. Gleizeitig wuchs die Arbeitslosigkeit auf 5 bis 6 Millionen und trotz drastischer Leistungskürzungen im Sozialbereich, der Staat verschuldet sich immer mehr.

Aber das Gejammer der Unternehmer und der Umbau der Bundesrepublik zu einem Unternehmerstaat geht weiter, obwohl die Bundesrepublik

**Exportweltmeister ist,
die Produktivität wächst,
die Unternehmenssteuern gewaltig gesunken sind und
die Gewinne gewaltig steigen!
Milliarden Euro werden für Fusionen ausgegeben.**

Nachdem sowohl die SPD als auch die CDU vom Wähler ihre Quittung bekommen haben (Stimmenverluste bei den Parteien und Wahlenthaltungen), haben sich die Verlierer zusammengepackt und besorgen jetzt gemeinsam die Geschäfte der Unternehmer! Dabei sieht die Arbeitsteilung wie folgt aus: Die Schweinereien werden gemeinsam durchgezogen, die CDU droht dabei aber ständig mit noch größeren Schweinereien, die die SPD als „soziale Partei“ verhindert.



Das neuste Bubenstück zeigt, wie Regierung, Politiker, Institutionen und die Medien, im Interesse des Kapitals und z.T. von diesem finanziert, zusammenarbeiten um das Volk weiter schamlos auszubeuten. Es handelt sich um die beschlossene **Mehrwertsteuererhöhung**, die geplante **Senkung der Unternehmenssteuern** und die verstärkt auflebende Diskussion um eine Kürzung der Leistungen nach **Hartz IV**. Dabei wird ein ganzes Netzwerk von Institutionen und Personen sichtbar, die angeblich unabhängig sind und nichts miteinander und mit den Unternehmern zu tun haben.

Das Finanzvolumen der Umverteilung von unten nach oben beträgt:

- Mehrwertsteuererhöhung bis 2009: 80 Mrd. Euro,
- Senkung der Unternehmenssteuern jährlich: 22 Mrd. Euro,
- Einsparungen bei Hartz IV, mehrere Milliarden Euro.

Vorgeschlagen vom Sachverständigenrat, beruhend auf den Vorschlägen der **Stiftung Marktwirtschaft**, hat die Bundesregierung gehandelt..

Im Vorstand dieser Stiftung sitzt **Professor Raffelhüschen**, Mitglied des Aufsichtsrates der Allianz Versicherung und vieler anderer Arbeitgeberinstitutionen. Er selber behauptet von sich natürlich, er sei unabhängig („Ich bin staatlicher Professor!“), das ist natürlich Quatsch, wenn man sieht wo er alles drin ist und welche Positionen er vertritt, dann ist er eindeutig der Vertreter unternehmerischer Positionen. So fordert er vehement die Privatisierung der Sozialversicherung, weil das dem Konzern für den er arbeitet, anständig Profit bringt.



Ein weiterer Förderer von Unternehmerinteressen ist Horst **Köhler**, offiziell ist er Bundespräsident. In einer wenig beklatschten Rede vor dem DGB-Bundeskongreß, forderte er nicht etwa die Verhinderung der Mehrwertsteuererhöhung, sondern deren Einnahmen für die Senkung der Lohnnebenkosten zu verwenden. Damit werden Milliarden den Unternehmern zugeschanzt und die Sozialversicherung in weitere Schwierigkeiten gebracht, die auf die Zuschüsse des Staates angewiesen ist. Die Folge: Die Leistungen der Sozialversicherung und des Staates müssen eingeschränkt werden. Um das soziale Niveau einigermaßen halten zu können, sollen sich die Arbeitnehmer **privat versichern**.

Berliner Zeitung, Mittwoch, 15. Februar 2006

STEUER

Unmut über Geschenke an Unternehmen

SPD-Politiker und Gewerkschaft warnen

Matthias Loke, Bettina Vestring und Timot Szent-Ivanyi

BERLIN. SPD-Politiker und Gewerkschaftler haben die schwarz-rote Bundesregierung dringend vor weiteren Steuergeschenken für die Unternehmen gewarnt. „Ich sehe in dieser Legislaturperiode keinen Spielraum für Steuersenkungen“, sagte der Vorsitzende des SPD-Parteirats, der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Claus Möller, gestern der Berliner Zeitung. Angesichts der Sparzwänge könnten sich die öffentlichen Haushalte keine Steuerausfälle leisten, sagte er. Auch aus Gerechtigkeitsgründen sei eine Entlastung der Unternehmen nicht tragbar. Jede Unternehmensteuerreform müsse aufkommensneutral sein, forderte er.

Zuvor hatte der Sachverständigenrat der Bundesregierung, die so genannten Fünf Weisen, ein Steuermodell vorgelegt, das noch von der rot-grünen Bundesregierung in Auftrag gegeben worden war. Es soll zusammen mit einem Konzept der **parteiübergreifenden Stiftung Marktwirtschaft** die Grundlage für die von der großen Koaliti-

on für 2008 geplante Unternehmensteuerreform sein. Der Vorschlag der Fünf Weisen sieht für alle Unternehmensgewinne und Zinsen einen einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent vor. Das Entlastungsvolumen beziffern die Experten auf **22 Milliarden Euro**. „Eine Verbesserung der Standortqualität ist nicht zum Nulltarif zu haben“, argumentieren sie. Zum Ausgleich schlagen die Sachverständigen vor, die Mehrwertsteuer um weitere zwei Prozentpunkte anzuheben.

Juso-Chef Björn Böhning sagte, die Steuerbelastung der deutschen Unternehmen sei im internationalen Vergleich ohnehin niedrig. „Eine weitere Entlastung der Unternehmen insgesamt ist ausgeschlossen“, fügte er hinzu. Allerdings sei es sinnvoll, dass die finanzstärkeren Firmen höhere Steuern zahlten, um solche Unternehmen zu entlasten, die viele Arbeitsplätze schaffen.

Wirtschaftsverbände erfreut

Der Vorsitzende der Gewerkschaft NGG, Franz-Josef Möllenberg, sprach von einem unsozialen Konzept, das die Umverteilung von unten nach oben weiter befördern würde. „Es verschärft das soziale Ungleichgewicht in der Gesellschaft, wenn die Unternehmen nochmals mit Milliarden Euro entlastet werden sollen“, sagte Möllenberg dieser Zeitung. „Das Konzept ist zugleich unrealistisch, weil der Staatshaushalt diese Steuer ausfälle nicht verkraften kann.“

„Ich sehe wenig Chancen, dass dieses Steuerkonzept aufgegriffen und umgesetzt wird“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer. „Steuer geschenke für die Unternehmen von 22 Milliarden Euro sind **22 Milliarden Steuerausfälle** für die öffentliche Hand.“ Dies sei nicht machbar und den Arbeitnehmern nicht vermittelbar, kritisierte er. Auch die Abschaffung der Gewerbesteuer lehnte der DGB ab.

Zustimmung zu dem Konzept kam dagegen von den Wirtschaftsverbänden. Jörg Schwenker, Steuerexperte des Industrie- und Handelskammertages, sprach von einem ökonomisch schlüssigen Konzept, das allerdings noch auf seine Praktikabilität hin überprüft werden müsse. Mit einem Steuersatz von 25 Prozent werde jedenfalls ein Signal für Investitionen in Deutschland gesetzt. Eine Verbesserung der Standortattraktivität sei bei einer aufkommensneutralen Reform nicht möglich.

Stiftung

Marktwirtschaft

Frankfurter Institut

Eine Stimme für die Marktwirtschaft ...

...damit es in Deutschland wieder aufwärts geht!

Unser Arbeitsmarkt ist blockiert und verhindert Wachstum, die Kosten der sozialen Sicherungssysteme überfordern uns schon heute und staatliche Eingriffe hemmen in vielen Lebensbereichen Dynamik und Eigeninitiative.

In dieser Situation will die Stiftung Marktwirtschaft Lösungswege aufzeigen. Wir entwickeln konkrete marktwirtschaftliche Konzepte, machen diese bekannt und wollen Politik und Öffentlichkeit für mehr Wettbewerb und Transparenz, für mehr Bereitschaft zur Eigenverantwortung und Mut zur Freiheit gewinnen.

Als Netzwerk hoher Kompetenz und Integrität ...

...Wir sind für Sie da! Die Stiftung Marktwirtschaft wurde 1982 als „Frankfurter Institut“ von namhaften Persönlichkeiten aus dem Raum Frankfurt gegründet. Seit Juli 2001 befindet sich der Sitz der Stiftung in Berlin. Hier - in unmittelbarer Nähe zu Parlament und Regierung arbeitet das Experten Team der Stiftung.



Uwe Döring (SPD)

Schleswig-Holsteins

Arbeitsminister

Anreize?

Döring: Es gibt noch zu wenige **Anreize**, die die Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit herausführen helfen.

Volcksinfo: Wenn Politiker von Anreizen sprechen, meinen sie damit **immer Druck!**

Lohnabstandsgebot

Döring: Ich habe keinen konkreten Vorschlag in der Tasche. Es darf aber kein Tabu sein, in bestimmten Fällen auf einem **Lohnabstandsgebot** zu bestehen. Man wird deshalb wohl auch über die Höhe einiger Hartz-IV-Zuschläge nachdenken müssen. Es ist Aufgabe der Allgemeinheit, jemandem, der in Not geraten, ist zu helfen. Derjenige, der hilft, darf aber nicht schlechter dastehen als der, dem geholfen wird.

Volcksinfo: Wenn Politiker und Unternehmer von der Herstellung des Lohnabstandsgebotes sprechen, meinen sie immer die Senkung der Sozialleistungen. Mit den Kürzungen soll **Druck** auf die Arbeitslosen ausgeübt werden, auch zu den niedrigen Schweinelöhnen mancher Unternehmer sich ausbeuten zu lassen. Es wäre ja auch denkbar das Lohnabstandsgebot durch eine Erhöhung der Löhne herzustellen und damit dann tatsächlich einen **Anreiz** zur Arbeitsaufnahme zu schaffen.

Kombilohn

Döring: Unsere Experten sagen: Das geht erst richtig los. In Deutschland entsteht damit ein flächendeckender, ungesteuerter Kombilohn, der bald nicht mehr finanzierbar ist.

Volcksinfo: Der Kerl beklagt etwas, was seine Partei zu verantworten hat. Der Kombilohn war schon immer eine Schweinerei und ein Beschiß am arbeitenden Volk. Der Unternehmer zahlt Löhne von denen man/frau nicht leben kann und läßt die Differenz vom Staat zahlen. Wer ist aber der Staat, das sind wir mit unseren Steuern!

Prämien

Döring: Man sollte die Arbeitsaufnahme stärker prämiieren. Menschen, die in Arbeit kommen, müssten mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Diese Prämien sollten erst nach einer Weile oder einer bestimmten Einkommenshöhe wieder sinken.

Volcksinfo: Schamloser geht es nicht! 6 Millionen Menschen haben die Unternehmer rausgeschmissen weil sie den zum Leben notwendigen Lohn nicht zahlen wollten, die Profite ihnen zu gering waren. Jetzt macht man ihnen eine Neueinstellung schmackhaft, indem sie Hungerlöhne zahlen dürfen und der Staat die Arbeitnehmer mit öffentlichen Mitteln prämiert. Mittel, die wiederum aus der Tasche der Arbeitnehmer kommen.

Berliner Zeitung, 20.5.06

Zur Kasse, bitte!

Die Mehrwertsteuer steigt, damit ist die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik eingeleitet. Mehrbelastung bis 2009: mehr als 80 Milliarden Euro.

Die Änderungen im Überblick.

Timot Szent-Ivanyi

Mehr als 80 Milliarden Euro werden die von der großen Koalition bisher beschlossenen Steuererhöhungen bis Ende des Jahres 2009 in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden spülen.

Im Folgenden eine Übersicht über die einzelnen Maßnahmen des gestern vom Bundestag beschlossenen Haushaltsbegleitgesetzes 2006. Hinzu kommen die Steuererhöhungen, die am vergangenen Mittwoch vom Bundeskabinett mit dem Steueränderungsgesetz 2007 verabschiedet wurden. Alle Änderungen kommen zum 1. Januar 2007.

Arbeitszimmer: Es ist steuerlich nur noch absetzbar, wenn es den Mittelpunkt der gesamten beruflichen und betrieblichen Tätigkeit bildet. Mehreinnahmen: **300 Millionen Euro.**

Beamte: Für Bundesbeamte wird das Weihnachtsgeld von 2006 bis 2010 halbiert. Einsparungen: **511 Millionen Euro.**

Entfernungspauschale: Die Pauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von unverändert 30 Cent gilt erst ab dem 21. Entfernungskilometer. Das gilt auch für Familienheimfahrten bei doppelter Haushaltsführung. Mehreinnahmen: **2,5 Milliarden Euro.**

Lohnzuschläge: Bei Sonntags-, Nacht- oder Feiertagsarbeit ist nur noch ein Stundenlohn von 25 Euro von Sozialabgaben befreit. Für alle darüber liegenden Lohnbestandteile müssen Abgaben gezahlt werden. Einnahmen: Zusammen mit den Änderungen bei den Minijobs 520 Millionen Euro. Kindergeld: Ab 2009 wird es nur noch bis zum Alter von 25 statt bisher 27 Jahren gezahlt. Ersparnis: **700 Millionen Euro.**

Mehrwertsteuer: Der Satz für die Mehrwertsteuer steigt von 16 auf 19 Prozent. Macht **23 Milliarden Euro.** Acht Milliarden Euro davon fließen an die Bundesagentur für Arbeit, die im Gegenzug den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um zwei auf 4,5 Prozent senken will.

Minijobs: Der Pauschalabgabensatz für Sozialversicherungen steigt von **25 Prozent auf 30 Prozent.**

Reichensteuer: Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer steigt ab einem Einkommen von 250 000 Euro (Verheiratete 500 000 Euro) von 42 auf 45 Prozent. 2007 gilt das nur für Einkommen aus unselbstständiger Arbeit. Gewerbliche Einkünfte, also die von Selbstständigen und Bauern sind ausgenommen. Plus: 2007 nur **127 Millionen Euro, dann 1,3 Milliarden Euro.**

Sparerfreibetrag: Er sinkt von heute 1370 Euro (Verheiratete 2 740 Euro) auf 750 Euro (Verheiratete 1 500 Euro). Mehreinnahmen: **750 Millionen Euro.**

Spritzschlag: Biodiesel muss künftig normalem Kraftstoff beigemischt werden. Dadurch steigt der Dieselpreis (inkl. höherer Mehrwertsteuer) um sechs Cent. Plus: **1,6 Milliarden Euro.**

Versicherungssteuer: Analog zur höheren Mehrwertsteuer steigt sie von 16 auf 19 Prozent. Mehreinnahmen: **1,7 Milliarden Euro.** Berliner Zeitung, 20.05.2006

Wählerwille ?



Das Traumpaar des Kapitals !

Die Zustimmung der Wähler zur Politik drückt sich in der **Wahlbeteiligung** und der **Anzahl der Stimmen** die eine Partei erhält, aus.

Bei der Bundestagswahl 2005 lag die Wahlbeteiligung bei 77,7 % und die beiden großen Parteien mußten Verluste hinnehmen.

Die SPD verlor 4,3 % und die CDU 3,3 %. Obwohl sich das Volk gegen diese Parteien und ihre Politik aussprach und sie eigentlich die Verlierer waren, taten sie sich zusammen und feierten sich so als Sieger. Sie setzten ihre Politik des Sozialabbaus fort.

Im März 2006 wurden die Wähler erneut zur Wahl gerufen, diesmal zu 3 Landtagswahlen.

Das Ergebnis nach mehreren Monaten großer Koalition war folgendes:

Baden Württemberg: Rund 63 %

sind **gegen** die Parteien der großen Koalition

Rheinland-Pfalz: Rund 54 %

sind **gegen** die Parteien der großen Koalition!

Sachsen-Anhalt: Rund 75%

sind **gegen** die Parteien der großen Koalition!

Aus Verlierern wurden Sieger
indem sie sich zusammentaten und
jetzt gemeinsam am Futtertrog schmatzen !

Das Volk ist ihnen schnuppe,
ihnen reicht der Name,
„Volksparteien“!

Das Böse kommt oft im Gewande des Guten daher. oder Der Wolf im Schafspelz.

Die Herrschenden sind gegenüber dem von ihnen ausgebeuteten Volk, eine verschwindende Minderheit . Sie können sich nur mit Lug und Trug an der Macht halten. Neben den verschiedensten Herrschaftstechniken ist die Manipulation mit Hilfe der Sprache das weitverbreitetste Mittel. So sind es z.B. 2 Begriffe die im Zentrum der manipulierten Machterhaltung stehen:



„Komm heraus mein Vögelchen. Ich befreie Dich von staatlichem Zwang und gewerkschaftlicher Bevormundung!“

Im Zentrum steht die Stärkung der Eigenverantwortung durch **Privatisierung**.



Klaus Bölling
„Aber wir haben doch keine Klassengesellschaft mehr!“

Wie bei Adolf Hitler wird der Klassenkampf für beendet erklärt und **betriebliche Bündnisse** geschlossen, um die Gewerkschaften aus dem Betrieb zu drängen und den Unternehmer zum unumschränkten Herrn zu machen.

Sehr gut kann der manipulative Gebrauch der Sprache aber auch an dem Wort „Reform“ nachvollzogen werden. Ursprünglich verstanden die Menschen darunter etwas positives. Nachdem die herrschenden politischen Parteien sich dieses Begriffs angenommen haben, bedeutet Reform heute, die Ausplünderung des Volkes. Andere Wörter wurden in ihrem Bedeutungsinhalt ins Gegenteil verkehrt.

Beispiel: Wenn früher der Wohnungsmarkt reformiert werden sollte, dann konnten die Mieter mit niedrigeren Mieten und einer Verbesserung des Kündigungsschutzes rechnen. Wenn heute von der Reformierung des Wohnungsmarktes die Rede ist, soll genau das Gegenteil erreicht werden.

Wenn zu diesem Zweck der Marktregulierung ganze Wohnanlagen „rückgebaut“ werden und die Polizei zur Verhinderung von Unruhen mit einem „robusten Mandat“ ausgestattet wird, dann heißt das im Klartext, um die Mieten hoch halten zu können, wird das Angebot an Wohnungen durch Abriß (Rückbau) künstlich verknappt. Die empörten Menschen die dagegen protestieren, werden mit Waffengewalt (robust) niedergehalten.

Insbesondere die FDP befindet sich dabei in der Kontinuität einer unheilvollen Vergangenheit.

Die „Befreiung“ des deutschen Volkes hieß unter Hitler die Arbeiter von ihren Rechten zu befreien, um sie ganz in den Dienst für den II. Weltkrieg stellen zu können.

Die Befreiung der Arbeiter von ihren heutigen Rechten heißt, die Unternehmer fit zu machen für den globalen Wirtschaftskrieg. Um in diesem Kampf bestehen zu können sind Gewerkschaften, Klassen und Klassenkampf hinderlich.

Die FDP-Parole „Vorfahrt für Arbeit“ heißt im Klartext **Vorfahrt für den Profit**, denn ohne Erwerbsarbeit kein Profit. Und die Forderung nach „betrieblichen Bündnissen“, ist ein alter Nazi-Hut, der in dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von 1934 geregelt war.

**„Laßt euch nicht
von den Eignen täuschen!“**

Christa Wolf „Kassandra“, 1986, S. 79

**„Laßt euch nicht
von den Eignen täuschen!“**

Christa Wolf „Kassandra“, 1986, S. 79

**„Laßt euch nicht
von den Eignen täuschen!“**

Christa Wolf „Kassandra“, 1986, S. 79

**„Laßt euch nicht
von den Eignen täuschen!“**

Christa Wolf „Kassandra“, 1986, S. 79

**„Laßt euch nicht
von den Eignen täuschen!“**

Christa Wolf „Kassandra“, 1986, S. 79

**„Laßt euch nicht
von den Eignen täuschen!“**

Christa Wolf „Kassandra“, 1986, S. 79

**„Laßt euch nicht
von den Eignen täuschen!“**

Christa Wolf „Kassandra“, 1986, S. 79

Das Kapital kauft sich seine Leute !

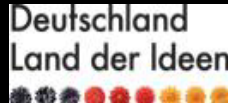
Der Boß und seine Jungs!



Siemens-Chef Pierer und seine Abteilungsleiter Schröder und Clement.

Die Hacker des Kapitals

„Wirtschaftsweise“, Think Tanks und Politiker



Das Traumpaar des Kapitals

